



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz, Maximilian Deisenhofer, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den anderen Bundesländern darauf hinzuwirken, geeignete Kennzeichnungspflichten für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) bei Rundfunkinhalten und bei journalistisch-redaktionell gestalteten Telemedienangeboten zu schaffen. Zudem sollen einheitliche Standards zur Gewährleistung journalistischer Qualität definiert werden.

Künftige Novellierungen der relevanten Gesetze – insbesondere des Medienstaatsvertrags, des Rundfunkstaatsvertrags und des Kodex im Umgang mit KI der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, dessen Erarbeitung im Reformstaatsvertrag festgelegt ist – sollen entsprechende Regelungen enthalten.

Begründung:

Die rasante Entwicklung von KI eröffnet viele neue Möglichkeiten, auch im Journalismus. Diese Technologie bietet zahlreiche Chancen: Recherchen können effizienter durchgeführt werden, Datenanalysen erfordern weniger Zeit, und einfache Artikel, die lediglich der Information dienen, könnten automatisiert erstellt werden.

Gleichzeitig wirft die Entwicklung der KI Fragen zur Integrität, Verlässlichkeit und Verantwortung im Journalismus auf. KI ist immer nur so gut und präzise wie die Daten, mit denen sie trainiert wurde. KI kann unterstützen, jedoch nicht die Intuition und das kritische Denken von Journalistinnen und Journalisten ersetzen. Verzerrte Daten können zudem zu fehlerhaften Inhalten führen, und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die journalistische Arbeit darf durch den Einsatz von KI nicht gefährdet werden. Auch die Frage nach der Urheberschaft und der Verantwortung für die jeweiligen Inhalte ist bisher ungeklärt.

Besonders kritisch ist, dass KI gezielt für Desinformation genutzt werden kann, etwa durch realistisch wirkende gefälschte Bilder oder Videos. Um das zu verhindern, braucht es klare gesetzliche Vorgaben. Eine Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte und transparente Regeln für den Einsatz von KI sollten im Medienstaatsvertrag verankert werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass Urheberinnen, Urheber und Medienunternehmen fair für die Inhalte und Daten bezahlt werden, die zur Schulung von KI-Systemen genutzt werden. Der Landtag fordert daher die Staatsregierung auf, gemeinsam mit den anderen Bundesländern Regeln zu schaffen, die den verantwortungsvollen Einsatz von KI im Journalismus fördern. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Verantwortung für redaktionelle Inhalte weiterhin beim Menschen bleibt.

Ziel ist es, das Vertrauen in den Journalismus als unabhängige und wichtige Säule der Demokratie zu schützen und das Zusammenspiel von Mensch und Maschine in Balance zu halten.